

Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, März 2011

61. Jahrgang, Nr. 701

Roland Jahn feierlich als Bundesbeauftragter vereidigt

VOS fordert Entlassung der Stasi-Mitarbeiter in BStU

Er sehe sich als Anwalt der Opfer, bekräftigte Roland Jahn bei der Amtseinführung im Schlüterhof des Deutschen Historischen Museums in Berlin am 14. März 2011. In einer energiegelichen und emotionalen Rede sagte er, dass die Beschäftigung der rund 50 ehemaligen Stasi-Mitarbeiter in seiner Behörde „unerträglich“ und ein „Schlag ins Gesicht der Opfer“ sei. Der neue Bundesbeauftragte kündigte an, dass er sich von diesen Mitarbeitern trennen wolle und nicht, wie bei seinen Vorgängern, nur auf das Arbeitsrecht verwiesen werden könne, das eine Entlassung verbiete. Gesetze könne man ändern, fügte er hinzu. Es gab Applaus, aber nicht von allen Seiten. Viele von Jahns Weggefährten waren ange-reist. Geladen waren auch Vertreter des VOS- Bundesvorstandes sowie Abgeordnete aus Bund und Ländern. Sogar Alt-Bundespräsident Köhler und Bundestagspräsident Lamert waren gekommen.

Roland Jahn betonte, dass die Aufarbeitung der SED-Diktatur weitergehen müsse. Der neue Bundesbeauftragte will künftig das Thema „Anpassung in der Diktatur“ hervorheben. Die Stasi-Akten müssten weiterhin offen bleiben, forderte er. Außerdem sei es notwendig, die Täter beim Namen zu nennen. Viele frühere Systemträger würden sich nicht zu ihrer Vergangenheit bekennen. Wichtig sei es aber, für das Gewesene Verantwortung zu übernehmen. Roland Jahn stellte klar, dass die Behörde zur Aufarbeitung der

Stasi-Unterlagen nicht etwa ein Geschenk des Bundestages, sondern eine Errungenschaft der friedlichen Revolution sei. Mit bewegter Stimme wurde er von Staatsminister Neumann (auf Foto links) vereidigt.

Der CDU-Politiker würdigte Jahns Widerstand in der DDR und sprach sich ebenfalls gegen Ostalgie aus. Die SED-Diktatur dürfe nicht weichgespült werden. Neumann bedauerte



Tendenzen in der Gesellschaft, den DDR-Alltag in ein rosarotes Licht zu setzen. Musikalisch umrahmt wurde die Amtseinführung unter anderen von Liedermacher Wolf Biermann. Er sang für Marianne Birthler, die nach zwei Amtsperioden aus der Behörde verabschiedet wurde. Der Kulturstatsminister würdigte ihre zehnjährige Arbeit. Als moralisch rigorose Frau habe sie ihm immer gefallen. Roland Jahn ist nach Joachim Gauck und Birthler nun der dritte Leiter der BStU, die rund 1600 Mitarbeiter hat. Der 57-jährige Bürgerrechtler stammt aus Jena. In der DDR war er aus poli-

tischen Gründen inhaftiert. 1983 wurde Jahn gegen seinen Willen aus der DDR ausgebürgert. Danach arbeitete er als Journalist für den SFB und später den RBB. Für das ARD-Magazin „Kontraste“ produzierte er Reportagen, die sich mit der SED-Diktatur befassten. Im Herbst letzten Jahres hatte die VOS der Bundesregierung vorgeschlagen, Roland Jahn für das Amt des Bundesbeauftragten zu nominieren. Am 28. 2. wurde er vom Bundestag mit absoluter Mehrheit, auch mit Stimmen der Links-Fraktion, gewählt. Jahn zeigte sich befriedigt darüber, dass er als früherer Verfolgter der Stasi jetzt deren Akten verwalten dürfe.

Der VOS-Bundesvorstand hat am ersten Amtstag den neuen Bundesbeauftragten offiziell brieflich aufgefordert, Konsequenzen gegenüber den früheren Stasi-Mitarbeitern in der Behörde zu ziehen. Ziel müsse deren Entlassung sein. Für den Fall, dass dies rechtlich nicht mehr möglich sein sollte, müsse zumindest deren Versetzung verfügt werden. Es dürfe nicht länger zugelassen werden, dass die Täter von einst quasi ihre eigenen Akten verwalten oder sogar in Leitungspositionen der Behörde sitzen. Erst kürzlich war bekannt geworden, dass der IT-Chef der BStU bis 1989 als Leutnant hauptamtlich bei der Stasi beschäftigt war.

*Ronald Lässig
Foto: Frank Ebert, Havemann-Ges.*

Der Anblick der Bilder, die uns seit dem 11. März aus der Katastrophengebiet Japan auf fast allen Fernsehkanälen pausenlos gezeigt werden, hat sicher keinen von uns unberührt gelassen. Einmal mehr sehen wir, wie schwach und bedeutungslos menschliches Leben sein kann, wie wenig man im Angesicht der Naturgewalten und der Atomkraft auszurichten vermag. Das, was wir in der Gemeinschaft einem atomaren Gau oder einer meterhohen Tsunami-Welle entgegenzusetzen haben, ist verschwindend wenig. Mag es auch sein, dass wir uns in Mitteleuropa noch mit einem Schaudern vor dem Fernsehapparat zurücklehnen und mit vorsichtiger Erleichterung sagen, bloß gut, dass das alles so weit weg ist. Doch auch wir sind nicht so autark, wie wir uns das zuweilen einreden oder einreden lassen. Allein das stetig steigende Niveau der Benzin- und Heizkosten müsste uns zu denken geben. Wir sind einem Markt ausgeliefert, dem wir quasi hilflos gegenüberstehen. Auch das ist katastrophal. Nicht minder erschütternd sind die Berichte aus der arabischen Welt. Die demonstrierenden Massen jagen einen Regierungschef nach dem anderen fort, aber was folgt ist ein Vakuum, das vor allem tausende Wirtschaftsflüchtlinge hinterlässt, die sich in Richtung Europa, am liebsten nach „Good old Germany“, auf den Weg machen. Dabei ist unser Land, vor allem unsere politische Landschaft, selbst zerstritten wie lange nicht. Nehmen wir die „Affäre“ des Politikers zu Guttenberg, die gezeigt

hat, welche Gehässigkeit in der Gesellschaft, vor allem unter gewissen Politikern steckt. Wäre es nicht so, dass jeder Politiker zunächst vor der eigenen Tür kehren sollte, zumal jene Leute, die noch aktiv im Geschehen der DDR mitgewirkt haben?

Auf ein Wort = des Redakteurs

Andererseits ist es unverständlich, dass große Teile der Bevölkerung einen Herrn zu Guttenberg trotz des zu Unrecht geführten Doktor-Titels weiter in seinem Amt bzw. in der Bundespolitik gesehen hätten. Ungeachtet dessen, dass auch andere Politikerinnen und Politiker aufgrund ungeklärter Vorgänge aus der Vergangenheit dort nichts zu suchen hätten, ist zu Guttenberg allein als Vorbild und Maßstab nicht mehr als politische Führungsfigur tragbar. Hierzu kann man im Innenteil der Fg einen sehr interessanten Beitrag unseres Kameraden Gerd Franke lesen.

Angesichts der Geschehnisse der letzten Wochen müssen wir darauf achten, dass die Belange der SED-Opfer nicht gänzlich unter den Teppich gekehrt werden. Wir kennen das Motto, das in etwa heißt „Ihr seht ja, wie es auf der Welt und auch in Deutschland brennt, ihr habt doch eure Opferrente, was wollt ihr denn noch?“ Gerade derart erteilte Abweisungen sind enorme Herausforderungen. Ich kann mich daran erinnern, dass ich

vor nunmehr 26 Jahren im Lager Gießen ankam und nichts hatte als die schäbigen Sachen, die mir in der U-Haft Chemnitz (damals Karl-Marx-Stadt) ausgehändigt worden waren. Keine Familie, keine Freunde und keine Bleibe. Vor allem keine Lobby im dem Maße wie sie Erdbebenopfer haben. Es hat lange gedauert, ehe ich mich wirtschaftlich und sozial integrieren konnte. Und ich weiß, dass es bei den meisten Aussiedlern nicht besser gelaufen ist, dass manch einer abrutschte oder sich die Rückkehr in die DDR wünschte.

Es ist, das meine nicht nur ich, Zeit, etwas für die Verbesserung der Ehrenpension zu tun. Wir haben sie zwar durchgesetzt, und das war wahrlich ein hartes Stück Arbeit, aber seitdem stehen wir nahezu still. Es geht um die Anpassung an die Inflationsrate und um die Versorgung von Hinterbliebenen. Sicher ist es gut, dass es die Stiftung zur Unterstützung in sozial schwachen Fällen gibt, aber was wir brauchen, sind gesetzliche Regelungen. Gemessen an den Summen für das Euro-Sicherheitspaket, das vor allem durch deutsche Finanzspritzen aufgepöppelt wird, ist eine Aufbesserung der Ehrenpension eine minimale finanzielle Leistung, deren Anforderung keineswegs mit einem schlechten Gewissen unsererseits verbunden sein muss. Es wäre nur erforderlich, dass wir uns – endlich wieder – auf den Weg machen und uns zu Gesprächen bei Politiken anmelden.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr bzw. euer Alexander Richter*

Ein Landesbeauftragter für das Bundesland Sachsen wird gesucht. Wenn man die Debatte, das Taktieren und das Kommentieren, die die Auswahl eines Kandidaten begleiten, verfolgt, so stellt sich die Frage: Worum geht es hier eigentlich? Geht es darum, der allmählich schwindenden Zahl der Opfer aus der SBZ und DDR eine kompetente und hilfsbereite Kraft zur Seite zu stellen, oder will man wie sonst nicht unüblich interparteiliche Posten-Gleichgewichte schaffen?

Nach der Diskussion um Freya Klier steht nun Lutz Rathenow zur möglichen Wahl. Das ist ein integrierender Kandidat, der in der Haft war

Ein Landesbeauftragter für Sachsen = Der Kommentar

und der vor allem mit seinen literarischen Fähigkeiten in Büchern und bei Veranstaltungen sehr viel für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte getan hat und tut. Das heißt, er ist kompetent und authentisch.

Nehmen wir als Vergleich die Stasi-Opfer-Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen. Sie wird seit Langem von Dr. Hubertus Knabe geleitet. Und wir alle erleben es,

wie dieser Mann geradezu brennt, wenn es darum geht, Geschichte wahr aufzuarbeiten und den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Dabei ist Dr. Knabe keiner, der in der DDR inhaftiert war und hier gelebt hat. Er kommt aus der Bundesrepublik und er nennt die Dinge, wie sie sind und wie waren, beim Namen. Das hat ihm den zweifellos nicht ehrlosen Ruf eingebracht, einer der aus den Kreisen der Linken meistgehasste Mann in Deutschland zu sein.

Die Frage stellt sich grundsätzlich: Brauchen wir solche Leute nicht allmählich für alle wichtigen Aufarbeitungsposten? *B. Th.*

In dieser Ausgabe:

Titelseite

Hoffnungen sind besonders stark

Der neue BStU-Beauftragte Roland Jahn wird in sein Amt eingeführt/VOS-Delegation wohnt der Amtseinführung bei

Redaktionsthema:

Wenn ein Gau auf den anderen folgt, bleibt dann noch Aufmerksamkeit für unsere Belange? 2

Wie wäre es mal mit frischem Blut?

Muss ein Landesbeauftragter unbedingt DDR-Verfolgter und um die sechzig sein? 2

Von Naumburg bis nach Ludwigshafen

Der 94-jährige Joachim Fiedler wird von Naumburg hoch geehrt – doch die Stadtoberen seines Wohnorts Ludwigshafen lässt das kalt 4 - 5

Der Schrecken der Naturgewalten

Erdbeben und die Wirkung auf Menschen 5

Ein Tunnel von 14 m Länge mit Blechdosen gegraben

Heinz Unruh mit einem neuen Fortsetzungsbericht über das Lager Bautzen 6

Keine Bereitschaft zur wirklichen Versöhnung

Wolfgang Stiehl erklärt Bischöfin Junckermann die Realitäten des Verhaltens früherer Funktionäre und MfS-Mitarbeiter 7 - 8

Ausgerechnet die Linke musste laut tönen

Der „Fall“ zu Guttenberg hat die politische Landschaft verändert 9

AUFRUF:

Das sollten sie uns wert sein

Über die Anläufe, in Schwarztaube eine Gedenktafel für die Opfer zu schaffen 10

Für alle, denen Unrecht getan wurde

Oberammergau ehrt mit unaufdringlich platzierter Gedenktafel auch Diktaturopfer 11

Von den Linken verfehmt

Polen: Gedenktag für Kommunismus-Opfer 11

Sie verherrlichen immer noch ihre Diktatur

Die „Ewiggestrigen“ von der NVA 11

Das darf nicht vergessen werden

Benno Prieß betreibt weiter Aufarbeitung 12

Rückblicke auf Haft und politisches System

Buchtipps in der Fg 13

Vom großen Generalsekretär zum Ehrengast

Michael Gorbatschow wurde 80 Jahre 14 - 15

- Nachrufe, Verstorbene 5, 15, 16

- Zitat 15

- Suchanzeigen 6, 8, 13

- Leserbrief 16

- Impressum 16

Zitate:

Japan, Libyen – diese Ereignisse kamen für Karl-Theodor z. G. genau zwei Wochen zu spät. B. Thonn

Der Realitätsverlust des „roten Adels“ ist das Patentrezept „linksoppositionellen“ Verhaltens. A. Kaiser

Veranstaltung war voller Erfolg

Zeitzeugenarbeit nimmt etwas mehr Fahrt auf

Am 9. März organisierte das Thüringer Institut für Lehrerweiterbildung in der Jugendbegegnungsstätte der Gedenkstätte Buchenwald eine Veranstaltung zur Geschichte des sowjetischen Speziallagers zwei (1945 bis 1950), an der mehr als 25 Geschichtslehrer aus Weimar und Erfurt teilnahmen. Die Veranstaltung wurde ein voller Erfolg, die Teilnehmer erwiesen sich als sehr interessiert und nahmen viele Informationen für sich bzw. für die Unterrichtsstunden mit.

Als Referenten konnten Dr. Bodo Ritscher, Kustos des Speziallagers zwei, und Rolf Staudte, Zeitzeuge und VOS-Beauftragter, gewonnen werden. Dr. Ritscher referierte insbesondere über die Schwierigkeiten beim Umgang mit dem Thema Speziallager, über die in der Fg bereits mehrfach berichtet wurde. Nach wie vor wird nicht akzeptiert, dass die Insassen nicht unbedingt Nazis gewesen sind. Auch Kriegsgefangene, die sich zuvor in US-Gefangenschaft befunden hatten, wurden als Spione eingesperrt, und Minderjährige ohne politisches Wissen wurden als Werwolf-Fanatiker abgestempelt. Rolf Staudte

Auch im Februar und März wurde erfreulich viel gespendet

Erna Czyganowski, Hilmar Kummer, Jürgen Laue, Elke und Dr. Bernd Röhlig, Lisbeth und Günter Krause, Ernst Levin, Herbert Jacob, Günther Zausch, Sonja und Karl-Heinz Fricke, Dr. Ingrid und Klaus Muder, Josef Ferner, Marie Heyde, Hans-Dietrich Kickbusch, Horst Ahrens, Erika und Johann Leeb, Rolf-Dieter Weske und Frau Vera, Fritz Schöne, Günter Jäger, Lothar Ech, Günter Rößger, Dr. Peter Joachim Lapp, Irene und Joachim Bergter, Esther und Siegfried Päßler, Lothar Baumann, Gudrun und Klaus Schönberg, Gerd Ahnert, Günter Senf, Ingrid und Michael Faber, Erwin Kujadt, Günter Jacobi, Heinz Utesch, Karl-Günther Kübler, Arno Bertmann, Gerhard Unger, Marianne und Siegfried Schuster, Otto Raabe, Joachim Lummitsch, Erika und Rudolf Koschek, Gisela Quasdorf, Michael Möller, Hartmut Brix

Allen Genannten ein herzliches Dankeschön.

Wahlausgang in Sachsen-Anhalt

Gerade zum Redaktionsschluss gingen noch die Ergebnisse der Landtagswahl von Sachsen-Anhalt ein. CDU und SPD erhielten von den Wählern das, was man eine einigermaßen komfortable gemeinsame Mehrheit nennen kann. Wir alle hoffen, dass damit die Weichen auf eine Fortsetzung der bisherigen Koalition gestellt sind. Eine zweite Variante, in der die Linke den Ministerpräsidenten stellen würde, wäre eine fatale Lösung und würde für Deutschland ein Signal in die falscheste aller Richtungen darstellen. Die Ziele, die die Linke verfolgt (Mindestlöhne oder Atomausstieg), sind auch ohne diese Partei zu realisieren. Doch es ist nicht akzeptabel, dass die Ex-SED auf Länderebene Regierungsverantwortung übernimmt, solange sie an den berechtigten Vorwürfen ihrer Opfer krankt. Distanzierung von der Kommunismus-Strategie, Offenlegung von Stasi-Mitarbeit und Entschuldigung bei den SED-Opfern. A. R.

Das „Corpus delicti“ namens Goldenes Buch wurde aus gutem Grund von Naumburg nach Ludwigshafen gebracht

Kamerad Joachim Fiedler aus Ludwigshafen erlebt eine außergewöhnliche Auszeichnung

Egal, dass sich Joachim Fiedler, der inzwischen 94 Jahre alt ist und dennoch eine fast unglaubliche geistige Frische offenbart, seit 55 Jahren in Ludwigshafen, einer Stadt, die wir hauptsächlich aus diversen Fernseh-Tatort-Folgen kennen, eine neue Heimat gefunden hat, ist doch seine Verbundenheit mit dem einstigen Wohnsitz geblieben. Dieser Wohnsitz befand sich in Naumburg (Sachsen-Anhalt), und dorthin hat Kamerad Fiedler insbesondere nach der Wiedervereinigung immerzu Kontakte gehalten.

Joachim Fiedler hat Naumburg 1956 verlassen. Er floh nach West-Berlin und ging von dort nach Ludwigshafen, wo er in den Werken der BASF bis zur Rente arbeitete. Dass er aus der DDR geflohen ist, hat seine spezielle Geschichte, es hängt mit dem Volksaufstand vom Juni 1953 zusammen, und es hat auch mit negativen Erfahrungen zu tun, die er gleich nach dem Krieg in Buchenwald machen musste.

Joachim Fiedler arbeitete vor Beginn des Juni-Aufstandes in den Leuna-Werken in Merseburg. Er war wie viele andere Bürgerinnen und Bürger mit den Zuständen in der DDR nicht einverstanden und beteiligte sich nicht nur an den Demonstrationen, sondern er wurde zum Organisator und zum Verhandlungsführer. Vor allem ist es seinem Geschick zu verdanken, dass die komplette Belegschaft der Leuna-Werke einen geschlossenen Demonstrationzug von Leuna nach Merseburg startete und Verhandlungen mit dem Generaldirektor des Betriebes, der zu jener Zeit ein Russe war, führte. Auf den Treppen des Hauptgebäudes hielt er vor einer großen Menge an Menschen eine mitreißende Rede, um bessere Arbeitsbedingungen, aber auch mehr Freiheiten durchzusetzen. Damals war Kamerad Fiedler 36 Jahre alt, er galt als anerkannter Kollege unter der Belegschaft, und so wählte man ihn einstimmig zum Anführer und Belegschaftsbeauftragten des Werkes für den Streik.

Eine Situation, die übrigens dem Einsatz unseres heute in Heidelberg lebenden fast 90-jährigen Kameraden Hans-Joachim Kögel – damals Mitarbeiter an der Sparkasse – nicht unähnlich ist.

Ebenso wie Kamerad Kögel erhielt Joachim Fiedler eine empfindliche Freiheitsstrafe. In einem Schauprozess in Halle (Saale) wur-



de er öffentlich gedemütigt und anschließend in den Strafvollzug überführt. Er musste volle drei Jahre hinter den Zuchthausmauern schmachten, kein Tag seiner Haft wurde ihm erlassen.

Zuvor war er nach dem Krieg von der russischen Militärverwaltung inhaftiert worden. Als Rückkehrer aus US-Gefangenschaft galt er den Sowjets wie fast alle vormaligen US-Kriegsgefangenen als gefährlicher West-Spion. So lernte er damals schon die Haftanstalten von Torgau und Buchenwald kennen.

Als Kamerad Fiedler nach Verbüßen der dreijährigen Haftstrafe 1956 in das bedingt freie Leben der DDR zurückkehrte, stand er ohne Arbeit da. Und er fühlte sich in diesem sozialistischen Staat nicht sonderlich wohl und schon gar nicht frei. Er entschied sich zur Flucht.

Im Westen wurde es für ihn dann zwar leichter, aber der Wechsel von einem Staat in den anderen war von Entbehrungen und Umstellungen gezeichnet. Eine Situation, die vielen „ausgereisten“ DDR-Bürgern nicht unbekannt ist. Immerhin suchte er sofort den Kontakt zur VOS, der er schon 1956 beitrug und die der einzige Verein ist, dem er heute noch mit Leidenschaft angehört.

Nach der Wiedervereinigung hat Joachim Fiedler, der ursprünglich in der Stadt Artern geboren ist, dreimal die Möglichkeit wahrgenommen, seine langjährige Heimatstadt Naumburg zu besuchen. Er

war erfreut, dass man sich seiner dort noch erinnerte. Immerhin ist das, was er geleistet und riskiert hat, nicht alltäglich gewesen. Insbesondere der frühere Naumburger Oberbürgermeister Dr. Curt Becker war alsbald zur Stelle und führte mit ihm freundschaftliche Gespräche. Becker war es auch, der den Gedanken einer Ehrung – sei es die

Benennung einer Straße oder eben der Eintrag in das Goldene Buch – anregte.

Doch Dr. Curt Becker wechselte dann seine Aufgabe, er wurde Minister in Sachsen-Anhalt.

Erst im Jahr 2003, als Kamerad Fiedler anlässlich der 50-jährigen Wiederkehr des Volksaufstandes noch einmal nach Sachsen-Anhalt zurückkehrte, wurde der Plan einer Ehrung wieder aktuell. Dennoch dauerte es bis in dieses Frühjahr, ehe sich die Naumburger Politiker nach ernsthaftem Hin und Her zu einer positiven Entscheidung durchdrangen.

Die Entscheidung, einen Eintrag in das Goldene Buch der Stadt Naumburg vorzunehmen, wurde am 3. März 2011 in die Tat umgesetzt. Die Politiker der Stadt waren einverstanden, dass die Eintragung stattfinden sollte. Da Joachim Fiedler angesichts seines hohen Alters nicht mehr reisefähig ist, bemühten sich zwei Naumburger Politiker nach Ludwigshafen. Der Vertreter des Oberbürgermeisters, Fachbereichsleiter Gerd Förster, und der persönliche Referent des Oberbürgermeisters, Armin Müller brachten das „Corpus delicti“ mit und so wurde wahr, was für Joachim Fiedler eine sehr große Genugtuung ist und für ihn auch eine hohe Bedeutung hat: der Eintrag in das Goldene Buch von Naumburg.

Übrigens besteht der Eintrag keineswegs aus einem Routinetext. Der Inhalt zeigt eindeutig, dass sich die Verantwortlichen in Naumburg bemüht haben, die geschichtliche Leistung, die Joachim Fiedler zukommt zu würdigen und auch seinem späteren Schicksal gerecht zu werden. → 5 oben links

Der Text des Eintrags lautet:

Die Stadt Naumburg ehrt das selbstlose und politische Engagement ihres früheren Bürgers Joachim Fiedler beim Arbeiterstreik und Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 im Leunawerk Merseburg als Vorkämpfer der friedlichen Revolution von 1989 und der deutschen Wiedervereinigung 1990.



Ganz herzliche und vor allem ehrlich gemeinte Glückwünsche gehen daher seitens der Freiheitsglocke an den Geehrten. Auch für die VOS ist es eine große Genugtuung und Ehre, dass es zum Eintrag in das Goldene Buch von Naumburg kam.

Joachim Fiedler zählt wie viele Kameradinnen und Kameraden in diesem gesegneten Alter zu den treuesten Mitstreitern unseres Verbandes. Er ist im Gespräch reaktionsschnell und humorvoll und sehr kontaktfreudig. Dass er nicht mehr so gut laufen kann, ist nach zwei nicht ganz einfachen Operationen zwar ein Handicap, aber er hat eine muntere Frau an seiner Seite, die ihn umsorgt, wie es besser nicht sein könnte und die ihn bei dem Vorhaben, in sechs Jahren in den Kreis der Hundertjährigen aufgenommen zu werden, löblich unterstützt. Und im Übrigen sind ja da immer noch die VOS und die Freiheitsglocke, die ihm Abwechslung, Information und Zuversicht vermitteln ... *A. Richter*

Die furchtbaren Vorgänge um das Erdbeben vom 11. März an der Ostküste der japanischen Insel Honshu lenken die Erinnerung zurück auf das Erdbeben von Lissabon am Allerheiligentag 1755, das Europa in seinen Grundfesten erschütterte. An jenem 1. November erbebt die Erde in Portugal um 9.40 Uhr bis zu sechs Minuten, meterbreite Spalten rissen die Erde auf, das Stadtzentrum wurde verwüstet, überall brachen Brände aus. Von den 275 000 Einwohnern fanden 90 000 den Tod.

Am Hafen konnte man sehen, dass das Meer bis zum Horizont zurückgewichen war, dann kam eine gewaltige Flutwelle, die das Wasser des Flusses Tejo zurücktrieb ins Land. An der Algarve im Süden des Landes wurden alle Städte zerstört, das Beben war bis nach Finnland spürbar. In Lissabon wurden das gerade eröffnete Opernhaus vernichtet, ebenso der königliche Palast am Tejo-Ufer und die riesige Stadtbibliothek mit über 70 000 Büchern und Gemälden von Tizian, Rubens, Correggio. Unter den Schätzen, die verloren gingen, waren auch die Aufzeichnungen des Seefahrers Vasco da Gama (1469-1524), der 1498 bei der Umsegelung Afrikas den Seeweg nach Indien entdeckt hatte. Zerstört wurden auch die Kathedrale Santa Maria und das Königliche Allerheiligenshospital, wobei Hunderte von Kranken umkamen. Die politischen und kulturellen Auswirkungen waren beträchtlich! Die Katastrophe stärkte das Königtum Josés I., der die Macht des Adels eindämmen konnte. Weitere Folgen waren die Entwicklung der Seismologie, womit Erdbeben vorausgesagt werden konnten, und eine ausufernde Diskussion unter den Phi-

losophen und Theologen Europas über die Frage der Theodizee (Rechtfertigung Gottes): Wie kann ein allmächtiger und gütiger Gott ein so gewaltiges Unglück zulassen? Warum wurde ausgerechnet die Hauptstadt eines streng katholischen Landes getroffen, das das Christentum über die Welt verbreitet hatte? Warum gerade am Feiertag Allerheiligen und warum wurden zahlreiche Kirchen zerstört? Auch in der Literatur wurde das Erdbeben noch Jahrzehnte danach ver-

Aktuell

Angesichts der Katastrophe in Japan hat Kamerad Dr. Jörg B. Bilke eine Recherche über frühere Erdbeben durchgeführt

arbeitet, so von Voltaire in seinem Roman „Candide“ (1759), von dem Königsberger Philosophen Immanuel Kant in drei Texten, in den Erzählungen Heinrich von Kleists „Das Erdbeben von Chili“ (1807) und Reinhold Schneiders „Das Erdbeben“ (1932).

Für den sechsjährigen Goethe war das Erdbeben so erschütternd, dass er noch 1811 in seiner Autobiografie „Dichtung und Wahrheit“ darauf einging: „Durch ein außerordentliches Weltereignis wurde jedoch die Gemütsruhe des Knaben zum erstenmal im Tiefsten erschüttert. Am ersten November 1755 ereignete sich das Erdbeben von Lissabon, und verbreitete über die in Frieden und Ruhe schon eingewohnte Welt einen ungeheuren Schrecken...Der Knabe, der alles dieses wiederholt vernehmen musste, war nicht wenig betroffen. Gott, der Schöpfer und Erhalter Himmels und der Erden, den ihm die Erklärung des ersten Glaubens-Artikels so weise und gnädig vorstellte, hatte sich, indem er die Gerechten mit den Ungerechten gleichem Verderben preisgab, keineswegs väterlich bewiesen.“

Dr. Jörg Bernhard Bilke

Wir trauern um unseren lieben Kameraden Harald Binder

* 15.09.1939

† 07.03.2011

Wir haben einen Kameraden verloren, der sich u. a. intensiv für die Vereinigung der beiden Opferverbände BSV und VOS eingesetzt hat. Wir werden unserem ehemaligen langjährigen Vorsitzenden vom Bund der Stalinistisch Verfolgten des KV Halle, Landesvorstandsmitglied des BSV Sachsen-Anhalt, zeitweise Bundesschatzmeister und Mitglied der VOS stets ein ehrendes Andenken bewahren.

An der Trauerfeier und Beisetzung am 14.03.2011 auf dem Gertraudenfriedhof in Halle nahmen zahlreiche Kameraden der BG Halle, des LV Sachsen-Anhalt, des Bundesvorstandes sowie aus anderen Bezirksgruppen, teil.



Der Mut der Verzweiflung ließ sie das Äußerste wagen

Kamerad Heinz Unruh berichtet über einen bislang kaum bekannten Fluchtversuch aus einer RAD-Baracke im Lager Bautzen, bei der sich die Häftlinge nahezu aufrieben

Die Lagerleitung hatte aus angeblich humanen Gründen Kriegsbeschädigte und Invaliden im Außenlager zusammengezogen. Der eigentliche Grund war, dass Platz für neue Häftlinge gebraucht wurde. Die sowjetische Justiz arbeitete mit der Stasi auf Höchsttouren, und das Lager füllte sich.

Die Kriegsbeschädigten und Invaliden wurden zur Schrottverwertung eingesetzt. So hockten die ausgemergelten Gestalten vor den Schrottbergen und sortierten hier den Abfall. Dies geschah natürlich nach dem Muster kommunistischer Sklavenarbeit. Sollerfüllung war oberstes Gesetz.

Es war das Jahr 1954, es war ein heißer Sommertag, als Sirenen aufheulten.

Als wir sahen, wie hektisch und aufgeschreckt die KZ-Büttel durch die Gegend liefen und der Morgenkaffee und der Freigang ausfielen, nahmen wir an, dass etwas Besonderes vorgefallen war.

Was war geschehen?

Nach einigen Tagen trat wieder der Lageralltag ein, die Doppelposten auf den gemauerten Wachtürmen wurden eingezogen, nur ein Posten blieb gelangweilt auf dem Turm zurück.

Jetzt erfuhr ich durch Kassiber den Grund dieser außergewöhnlichen Aufregung. Und was ich erfuhr, zeigte die Unmenschlichkeit dieser roten Hölle. Weitere Informationen bekam ich von Dr. Krämer aus dem Lazarett, er musste die misshandelten Häftlinge ärztlich betreuen.

Was war geschehen?

Nun, Folgendes wurde mir berichtet: Im Außenlager (Schrottverwertung) in einer der Baracken, wurde der Entschluss gefasst, mit Hilfe eines Tunnels auszubrechen. Die Ungewissheit und die jahrelange Inhaftierung hatten alle Bedenken beseitigt. Die Baracke, eine ehemalige RAD-Baracke (RAD = Reichsarbeitsdienst) lag unmittelbar am elektrischen Zaun. Sie lag zwischen zwei Wachtürmen.

Die Führung hatte ein beinampulierter Kamerad übernommen, es war Helmut von der Weege, der

umsichtig mit der Planung begonnen hatte. Da die RAD-Baracken auf Holzpfählen standen, schüttete man den ausgehobenen Sand in die Hohlräume unter der Baracke.

Nun, der Reihe nach.

Der hier vorhandene Schrott mit Blechdosen und Metallteilen konnte als Werkzeug für den Tunnelbau benutzt werden. Jetzt begann die mörderische Arbeit mit dem primitiven Werkzeug, um den Fluchttunnel zu graben. Der Mut der Verzweiflung trieb die geschundenen Häftlinge vorwärts.

Häftlinge, die als Spitzel bekannt waren, wurden durch unauffällige Maßnahmen aus der Baracke entfernt. Es reichte aus, den KZ-Bütteln zu erklären, dass die jeweilige Person sich weigerte, an einer freiwilligen Mehrarbeit teilzunehmen, um das hochgestockte Soll zu überbieten.

Fortan wurde Tag und Nacht gebuddelt. Die rote Lagerleitung traute den ausgemergelten Häftlingen solche Leistung ohnehin nicht zu, sie legte diesbezüglich eine erstaunliche Sorglosigkeit an den Tag.

Der Tunnel war auf 14 m geplant. Er führte von der Baracke unter dem elektrischen Zaun mit dessen Todesstreifen zum dahinterliegenden Kornfeld.

Natürlich waren die Kameraden – die meisten waren Kriegsbeschädigte – durch diese ungewohnte körperliche Arbeit äußerst geschwächt, zumal von der Hungerration noch Reserven angelegt werden mussten, um die Fluchttage zu überstehen. Es wurde fieberhaft gearbeitet, der anfallende Sand füllte bereits die Hohlräume unter dem Barackenboden. Dann wurden auch die beiden Öfen mit Sand gefüllt. Danach musste man den Sand auf den niedrigen Dachboden schaffen. Die Furcht, dass die Decke unter der Last herunterbrechen würde, war allgegenwärtig.

Günstig für diese Aktion war, dass der Zählappell vor der Baracke stattfand, der VP-Posten kontrollierte die Fenstergitter von außen, somit betrat dieser Scherge kaum die Baracke.

Dann der Erfolg: Der Tunnel mit 14 m Länge war fertig. Der Ausbruch der Kameraden sollte um 3.00 Uhr nachts beginnen. Der Morgennebel, der sich hier oft in der Niederung sammelte, sollte den Ausbruch begünstigen.

Die Glocke vom Burgdom in Bautzen schlug dreimal, und mit dem leisen Ruf „Glück auf“ stiegen die Kameraden in den engen Tunnel, der sogar beleuchtet war.

Die Ersten begannen alsbald mit dem Durchstich nach oben, sie mussten feststellen, dass sie nicht im Kornfeld, sondern kurz davor in einem Graben landeten. Trotzdem war es ein Erfolg, denn sie waren frei. Doch dieser Erfolg machte sie übermütig, sie vergaßen die vorher besprochenen Sicherheitsvorkehrungen. → nächste Fg

Zeitzeugen für eine Doktorarbeit gesucht

Für eine Doktorarbeit in Geschichte suche ich Zeitzeugen, deren Republikflucht über die Transitstrecken (Autobahn, Transitzüge) oder über den organisierten Tourismus in westliche Staaten oder über Fluchthelfer gescheitert ist. Thüringen steht dabei im Mittelpunkt der Betrachtung. Solche Fall-Beispiele veranschaulichen am besten die Repressions- und Überwachungspraxis des MfS.

Kontakt unter 0174-7369521 oder schopf.rauhe@gmx.de

Torsten Schopf

Gedenkandacht für Speziallager Bautzen

**Am Donnerstag, den
31. März 2011 um 12:00 Uhr
findet im**

St. Petri Dom Bautzen

eine Gedenkandacht zur Erinnerung an die beiden Häftlingsaufstände im Gefängnis Bautzen I im März 1950 statt.

Vor der Gedenkveranstaltung wird der Bautzener Oberbürgermeister Christian Schramm um 11:00 Uhr auf der Gräberstätte »Karnickelberg« einen von der Stadt Bautzen gestifteten Rotdorn pflanzen.

Ist Kommunismus die Ersatzreligion der ideologisierten Kommunisten?

Wolfgang Stiehl zum Versöhnungsaufruf der evangelischen Kirche durch Bischöfin Ilse Junkermann

Schon vor einigen Monaten setzte die evangelische Bischöfin Ilse Junckermann mit ihrer Forderung, die SED-Opfer mögen auf die verantwortlichen Täter aus den Reihen der Stasi und des MfS zugehen und sich – unter Ignoranz der an ihnen in der DDR oder noch der SBZ begangenen Verbrechen – versöhnen. Mehrfach wurde von vielen der Opfer hierzu geäußert, dass ein Versöhnen die entsprechenden Aktivitäten von zwei Seiten voraussetzt. Bekanntlich werden die Verbrechen der einstigen Täter heutzutage lediglich verharmlost oder als staatlich legitimiert dargestellt. Die Opfer, so heißt es, seien nicht gezwungen gewesen, sich gegen den Staat und dessen (menschliche) Politik aufzulehnen. Soll heißen, niemand muss sich entschuldigen. Der Vorschlag der Versöhnung auf Kosten einer Seite ist demnach unter den genannten Bedingungen nicht akzeptabel und unbrauchbar. Er gibt allerdings Wasser auf die Mühlen der alten und neuen Scharfmacher. Die evangelische Kirche selbst hat freilich ihre eigenen Baustellen in der Aufarbeitung der DDR-Geschichte nicht bewältigt. Neben dem Thema „Kirche im Sozialismus“ und ungeklärter Personalfälle fehlt nach wie vor die komplette Rehabilitierung von Pfarrer Oskar Brüsewitz, der sich 1976 öffentlich verbrannte.

Wolfgang Stiehl und VOS-Bundvorsitzender Johannes Rink brachten in einer Veranstaltung mit der Bischöfin Ilse Junckermann die Position der DDR-Opfer deutlich zum Ausdruck. Wegen der Bedeutung dieser Argumentation veröffentlichen wir nachstehend den Redebeitrag von Wolfgang Stiehl (leicht gekürzt). Die kompletten Redetexte können per Mail in der Geschäftsstelle abgefordert werden.

Sehr geehrte Frau Bischöfin Ilse Junkermann, ich habe sowohl Ihren Vortrag am 23. April vergangenen Jahres im Magdeburger Maritim-Hotel gehört, als ihn mir auch noch mehrmals, in der aus dem Internet herunter geladenen Schriftform, aufmerksam durchgelesen. Dabei insbesondere die Passagen unter der Überschrift: „III ... 2. Was kann Versöhnung verhindern“. Danach habe ich mich mit den Aussagen zum Thema Weltreligionen und den Ersatzreligionen befasst, die das Gottesbild durch ihre jeweilige Ideologie zu ersetzen suchen. Ich bin nun absolut kein Atheist, aber allein wenn ich die Weltreligionen betrachte, möchte ich es keiner Religion antun, absolut eine davon als die für mich EINZIG RICHTIGE zu erklären. Also bleibe ich bezüglich des Beitritts zu einer Religionsgemeinschaft lieber, seit meiner evangelischen Taufe, ungebundener Einzelgänger. Ich erlaube mir zu glauben, ein gerechter Gott wird die Menschen nicht nach dem Glauben, in den sie zufällig-traditionell hineingeraten sind, beurteilen, sondern viel mehr nach ihren Taten im Leben. Damit bin ich auch schon bei einer ersten Verständigungsfrage: Können Sie als praktizierende Christin die Verbrechen des 11. September 2001 an den World-

Trade-Center-Türmen verzeihen? Wollen sie die Verfolgung jedes sich öffentlich bekennenden Christen in den vom Islam regierten Ländern gut heißen und denen, die so handeln, verzeihen? Unabhängig von Ihrer tatsächlichen Antwort darauf, würde ich erwarten, dass sie dies und die Handlungen der „TÄTER“ in der kommunistischen Gewaltherrschaft als nicht gleichsetzbar erklären. Dem aber möchte ich vehement widersprechen. Das 1848 von Marx ausgerufene „Kommunistische Manifest“ basiert zwar auf einer hervorragenden Analyse der unhaltbaren Ist-Zustände des untersuchten Manchester-Kapitalismus, leitet daraus aber dann eine völlig utopische Weltanschauung von einer angeblich machbaren „klassenlosen Gesellschaft unter der führenden Rolle einer Partei der Arbeiterklasse“ ab. Die Errichtung einer Diktatur des Proletariats. Gleichzeitig wird diese Theorie mit einem absoluten Atheismus verbunden, der jeden Glauben an Gott, jegliche idealistische Weltanschauung, verneint. Damit aber war eine Ersatzreligion geschaffen, die ihren Gläubigen suggerierte, sie haben das Recht, jeden, der nicht ihre Weltanschauung teilt zu einem UNGLÄUBIGEN der materialistischen Weltanschauung zu erklären und ihn in seiner Existenz zu

Die Erkenntnisse zur Haltung früherer SED-Kader und MfS-Mitarbeiter sind deutlich:

Viele Täter wollen von ihrem Irrglauben nicht lassen. ... Sie tun sich in vielen verschiedenen Vereinen zusammen, bilden in der LINKEN einen beträchtlichen, aber scheinbar gern geduldeten Bodensatz und arbeiten voller Glauben – wie unlängst Frau Löttsch – an ihrer gesellschaftlichen Rückkehr.

Verzeihung und Versöhnung sehen anders aus.

vernichten oder aber umzuerziehen. Diese ausschließlich materialistisch ausgerichtete Glaubensgemeinschaft konnte sich durch eine Revolution 1918 in der späteren Sowjetunion etablieren und im Gefolge des 2. Weltkrieges auf ganz Osteuropa ausbreiten. Ihre Anhänger teilten sich, wie in jeder Religionsgemeinschaft, in traditionelle einfache Mitläufer, in treue tiefgläubige Anhänger und in fanatische Durchsetzer der Glaubensrichtung auf. Ihr Schlachtruf „Die Partei hat immer Recht“ wurde von den Fanatikern oder auch Karrieristen ohne Rücksicht auf die von ihnen zersetzten, verfolgten NICHT-Kommunismusgläubigen, brutalst durchgesetzt. Wie bei jeder Glaubensgemeinschaft ist ein Rückschlag ihrer Glaubensvorstellung von der Welt (in Form der friedlichen Revolution 1989), wie sie es sehen, nur ein Etappenverlust, der wettgemacht werden muss und kann.

So wie Sie, sehr geehrte Frau Bischöfin alle Ihre Freunde, Glaubensschwestern und Brüder mit einem Schlag verlieren würden, wenn Sie plötzlich in Glaubensfragen zum Islam wechseln würden, so müssen auch alle bisher strenggläubigen bis fanatischen Anhänger der kommunistischen Utopie-Lehre bei ihrer Ersatzreligion verbleiben. Eine solche Wandlung zum Bekenntnis ihres Irrtums und eines verbrecherischen Handelns können sich bestenfalls kleine IMs und Mitläufer oder aber geistig wirklich große Menschen leisten. Letztere werden dann aber eben auch lange Zeiten oder immer von ihren ehemaligen Glaubensgefährten gemieden. Ralph Giordano, ein von den Nazis verfolgter Bürger jüdischer Abstammung berichtete uns 2006 (SINNGEMÄßES ZITAT): → Seite 8

„Ich glaubte 1945, dass die Feinde meiner Feinde (die Kommunisten) meine Freunde sein müssten und wirkte weit über 12 Jahre als Journalist in den Reihen der KPD mit, bis ich in einem langen und schmerzhaften Prozess meinen politischen Irrtum erkannte, danach handelte und seitdem wieder auf beiden Augen sehe.“

Wie aber sollen nun diese Gläubigen der kommunistischen Weltverschlimmbesserungslehre ihren Irrtum, ihre Verfehlungen und Verbrechen einsehen und die von ihnen Verfolgten, Zersetzten und Geschundenen um Verzeihung bitten? Das geht einfach nicht. Sie hängen weiterhin voller Hoffnung und Glauben an ihrer Irrlehre und tun alles, um die Richtigkeit ihres Glaubens, dass sie den NEUEN SOZIALISTISCHEN MENSCHEN durch Zerschlagung und Umwandlung des alten, in ihren Augen „UNGLÄUBIGEN Menschen“, wie ein Gott (den es in ihrer Ersatzreligion natürlich nicht gibt), erschaffen dürfen. Sie tun sich in vielen verschiedenen Vereinen zusammen, bilden in der LINKEN einen beträchtlichen, aber scheinbar gern geduldeten Bodensatz und arbeiten voller Glauben – wie unlängst Frau Löttsch – an ihrer gesellschaftlichen Rückkehr. Anstatt einer Bitte um Verzeihung an ihre Opfer betreiben sie äußerst intensiv deren Verhöhnung, Beschimpfung und Verprügelung als „Mörder, Terroristen, Nazis, Spione, Schädlinge, Diversanten und skrupellose Menschenhändler“.

Verzeihung und Versöhnung sieht anders aus. Sie kann deshalb wirklich auch nur in minimalem Umfang durch Einsicht und Gewährung erfolgen. Viele Täter wollen von ihrem Irrglauben nicht lassen und deshalb kann auch nur eine ganz kleine Minderheit von einsichtigen Tätern Verzeihung erwarten und Versöhnung erfahren.

Wir, die Opfer der Täter können nach 20 Jahren in der Masse der Fälle keinerlei Abkehr der strenggläubigen Kommunisten von ihrer Ersatzreligion erkennen. Wir können nur immer wieder warnend unsere Stimme erheben, Zeitzeugnis abgeben solange wir dazu noch in der physischen Lage sind.

Dass dies aber ein wohl grundsätzlicher Mangel ist, leite ich abschließend aus einem Zitat von Papst Innozenz I., aus dem Jahre 414 ab:

„Wenn von Völkern oder einer großen Menge gesündigt wird, so pflegt dies ungesühnt durchzugehen, da wegen der großen Zahl nicht gegen Alle vorgegangen werden kann. Deshalb, so sage ich, muss das Vergangene dem Urteil Gottes überlassen bleiben und für die Zukunft mit aller Strenge vorgebeugt werden.“

Zum Vorbeugen meinen wir: Die Gefährdung unserer Demokratie von Rechts wird berechtigterweise sowohl auf der gesetzgeberischen Seite, aber auch mit vielen Aktivitäten unserer Gesellschaft bekämpft. (Mit dem Verbot der Verherrlichung der NS-Diktatur und der Beleidigung von deren Opfern). Aber auch mit einer Ehrenpension für die Opfer der NS-Diktatur, die sich wirklich so nennen kann, werden die Geschehnisse im öffentlichen Bewusstsein wach gehalten. Wir wollen einfach nicht verstehen, weshalb eine Verherrlichung der kommunistischen Diktaturen und Beleidigungen und Verhöhnungen von Opfern dieser anders gearteten, aber ebenfalls verbrecherischen Diktatur noch immer straffrei sind. Wo bleibt da der Gleichheitsgrundsatz?

Hier noch zwei Beispiele der Menschen-Umwandlung aus unserer Urteilsschrift zur Verurteilung zu 6 Jahren Zuchthaus (Stiehl) bzw. 1 ½ Jahr Gefängnis (Ellbeck): *Dem Angeklagten Stiehl musste trotz Berücksichtigung seiner Jugend eine fühlbare Strafe auferlegt werden. Es muss versucht werden, ihm durch einen Freiheitsentzug die gesamten demokratischen Ziele unserer Ordnung vor Augen zu führen und ihn ideologisch umzuwandeln. Der Senat ist der Überzeugung, dass jeder Bürger der DDR verpflichtet ist, mit den Zielen unserer Regierung und den Zielen seiner eigenen Partei sich zu beschäftigen. Dieses hat der Angeklagte Ellbeck anscheinend nicht getan. Er hat es auch unterlassen, die verbrecherische Handlung des Angeklagten Stiehl, deren Gefährlichkeit für die Republik selbst dem Angeklagten Ellbeck bekannt war, den staatlichen Organen zu melden.*

Wolfgang Stiehl, VOS Magdeburg

Fachtagung zur Anerkennung von Gesundheitsschäden und zum Umgang mit den Opfern

Am Samstag, den 29.10. 2011 findet von 13-18 Uhr im Mecure-Hotel der Innenstadt Hannover eine Fachtagung des niedersächsischen Netzwerks in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung statt. Themen sind die „Anerkennung von Gesundheitsschäden“ und die „Einhaltung bestehender Gesetze“ sowie der „Umgang mit den Opfern“.

Es sind zwei Podiumsrunden und eine offene Runde für alle Anwesenden vorgesehen. Eingeladen sind Gäste aus Politik und Ministerien verschiedener Bundesländer. Neben Anwälten und Psychologen werden weiterhin Vertreter der Opferverbände und Institutionen (Landesbeauftragte, Gedenkstätten, VOS, UOKG) als Gäste geladen. Im Sinne einer vorausschauenden Planung ist es sinnvoll, sich schon jetzt mit Namen und Adresse anzumelden. Die Einladung und weitere Informationen zur Anmeldung erfolgen dann direkt über die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS). Bei Fragen stehen wir als Netzwerkorganisatoren ebenfalls zur Verfügung.

Bruni Grabow 05459 80 56 05 ab 13 Uhr, www.sed-opfer-hilfe.de

Fotos von Berliner Mauer und der DDR-Grenze gesucht Wer kann helfen?

Für die Vervollständigung meiner Internetseiten:

www.mauerbau-berlin.de
www.mauerfall-berlin.de,
www.ddr-aufarbeitung.de,
www.ddr-erinnerung.de

suche ich Fotos, Dokumente, persönliche Erlebnisberichte von der Berliner Mauer, der Grenze der DDR, von der DDR und vom Mauerfall und der Friedlichen Revolution.

Ob digital oder ausgedruckt spielt keine Rolle. Wenn es sich um Papierbilder handelt, werden diese sofort eingescannt und zurückgeschickt. Urheberrecht wird gewährleistet. An:

Hinrich Olsen, Alte Kornbrennerei 8, 46499 Hamminkeln, mail@mauerfall-berlin.de

Der „Fall“ zu Guttenberg und die „Beschädigung der Demokratie“

Rot-rot-grüne Opposition nutzt die Vorwürfe für das Super-Wahljahr 2011/von Gerd Franke

Wenige Tage nach dem Rücktritt des Ex-Verteidigungsministers und CSU-Politikers Karl-Theodor zu Guttenberg leitete die Staatsanwaltschaft Hof/Bayern ein Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen des Vorwurfs ein, seine Doktorarbeit teilweise von anderen Autoren abgeschrieben und somit gegen Urheberrechte massiv verstoßen zu haben. Damit schwenkt die in der Öffentlichkeit heftig und kontrovers diskutierte Plagiatsaffäre auf eine juristische Ebene um, deren Ausgang mit einer durchaus möglichen Verurteilung enden kann. Das wäre vermutlich das Ende von zu Guttenbergs politischer Karriere. Es sei denn, seinen (meist weiblichen) Anhängern gelänge es lautstark und mit Getöse, die Rückkehr ihres Superstars auf die Bühne der Politik zu erreichen.

Aber wie konnte Karl-Theodor zu Guttenberg überhaupt so viel Nativität, aber zugleich auch solch ein hohes Maß an Dreistigkeit aufbringen und glauben, eine Doktorarbeit mal eben so im „Vorbeigehen“ von anderen Arbeiten mit dem gleichen Thema abschreiben zu können, ohne dass dies irgendwann jemandem aus der Vielzahl seiner politischen Gegner aus der rot-rot-grünen Front auffallen würde? War er wirklich zu ahnungslos, als dass er die ideologische Nähe vieler deutscher Professoren – auch an der Uni Bayreuth – zum roten Spektrum und somit zu seinen politischen Gegnern nicht erkennen und die möglichen Folgen seines leichtsinnigen und risikoreichen Verhaltens nicht vorhersehen konnte?

Ist es nicht so, dass Herr zu Guttenberg bei seinen öffentlichen Auftritten letztlich einer gewissen Selbstgefälligkeit unterlag und es durchaus ein Zug von überhöhter Eitelkeit war, dem Adelstitel auch noch den schmückenden Doktor-Titel voranstellen zu müssen? Letzteres verbindet sich freilich mit der Frage, warum zu Guttenberg nicht bereit war, sich selbst die erforderliche Zeit für die Anfertigung der Dissertationsarbeit zu verordnen.

Zweifelsohne ist Karl-Theodor zu Guttenberg ein kluger Kopf und ein gebogter Redner, der – bis zu sei-

nem Absturz – zu Recht als hoffnungsvoller, junger konservativer Politiker galt. Doch aufgrund seiner nun deutlich erkennbaren Unerfahrenheit war er in der Position des Verteidigungsministers für zahlreiche schwerwiegende Fehlentscheidungen (Kundus-Affäre, Entlassung des Kapitäns der Gorch Fock) hauptverantwortlich. Damit lieferte er der rot-rot-grünen Opposition nahezu pausenlos die willkommene Munition, damit diese ihn endgültig zur Strecke bringen konnten.

Ob vorsätzlich oder fahrlässig, Vorkommnisse oder „Affären“, wie wir sie im „Fall“ zu Guttenberg erlebt haben, verändern die politische Landschaft zu Ungunsten der demokratischen Verhältnisse nachhaltig und fügen dem Ansehen der deutschen Politik großen Schaden zu.



Die in gründlicher Stasi-Manier recherchierte und punktgenau an die Öffentlichkeit gebrachte „Plagiatsaffäre“ lässt im Angesicht der nun anstehenden wichtigen Landtagswahlen in Deutschland einmal mehr erkennen, dass es der Opposition mit ihren Anfeindungen weniger um die Person zu Guttenberg ging und geht. Vielmehr wird versucht, die gesamte Regierungskoalition in ihrer Glaubwürdigkeit zu beschädigen bzw. in Frage zu stellen, um im Ausgang der Wahlen ein möglichst großes politisches Kapital daraus zu schlagen.

Dass sich ausgerechnet die selbst schwer belastete SED-Nachfolgepartei Die Linke, allen voran Dr. (!) Gregor Gysi, lauthals als moralische Instanz der Bundesrepublik aufspielt und der CDU/CSU-Fraktion eine „ernsthafte Beschädigung

unserer Demokratie“ vorwirft, müssen wir politischen Opfer der SED-Diktatur als schamlose Entgleisung von Antidemokraten bezeichnen und als einen erneuten Schlag in unsere Gesichter betrachten. Auch 21 Jahre nach dem sang- und klanglosen Zusammenbruch der DDR haben sich weder Gysi noch andere führende Ex-SED-Mitglieder zu einer persönlichen Mitschuld und einer indirekten Beteiligung an der gewaltsamen Unterdrückung von 17 Millionen Deutschen in der Zeit von 1945 bis 1989 bekannt und die betroffenen Menschen höchstens alibihaft um Verzeihung gebeten. Anstatt so scheinheilig eine „Beschädigung“ der Demokratie zu beweinen, sollte man im Lager der Linken besser echte Beiträge für unsere Volkswirtschaft leisten. Leider jedoch sind auch sie von Teilen der Wähler in unsere Parlamente geschickt worden, so dass sie sich unbeschadet und oft genug ohne nach ihrer Vergangenheit gefragt zu werden in der wohligh ausgestatteten Hängematte unserer Demokratie räkeln können. Mit jedem Schlag, den gerade sie unserer Demokratie versetzen, können sie die „Vorzüge des Marxismus-Leninismus“ weiter propagieren und die Gesellschaft noch mehr an der Nase herumführen, indem sie sich scheinheilig als Retter der Armen und Rechtlosen aufspielen und die „unmenschliche Ellenbogengesellschaft“ der Bundesrepublik beklagen.

Offensichtlich haben viele Mitbürger nichts aus der jüngeren deutschen Geschichte gelernt bzw. begriffen und laufen dieser Partei hinterher wie einst die Kinder hinter dem Rattenfänger von Hameln.

Ob vorsätzlich oder fahrlässig, „Affären“, wie wir sie im „Fall“ zu Guttenberg erlebt haben, verändern die politische Landschaft zu Ungunsten der demokratischen Verhältnisse nachhaltig und fügen dem Ansehen der deutschen Politik großen Schaden zu. Dies sollte uns alle, die wir immer noch ein Verantwortungsbewusstsein für unser Vaterland haben, mehr als nachdenklich stimmen.

*Gerd Franke
Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe*

Selbst ein zwanzigjähriges Mädchen war unter den Verurteilten

Über den Versuch, im thüringischen Schwarzra (Rudolstadt) ein Gedenken für die Opfer der stalinistischen Gewaltherrschaft durchzusetzen

Für die Schaffung einer Gedenktafel zur Erinnerung an die Opfer totalitärer Regime in Schwarzra an der Saale (Thüringen) setzt sich Kamerad Lothar Mattig aus Rudolstadt ein. Insbesondere geht es um das Gedenken an dreizehn unschuldig verurteilte Jugendliche. Dazu hat Kamerad Mattig einen Aufruf verfasst, der hiermit den VOS-Mitgliedern zur Kenntnis gebracht werden und diese zu Anregungen und zur Unterstützung bewegen soll. Zur Information teilt Lothar Mattig zunächst Folgendes mit:

Schwarzra war bis 1950 selbstständige Gemeinde in Thüringen, die 1950 zwangsweise vom kommunistischen Regime an die Stadt Rudolstadt angeschlossen wurde. Hier wurden vor 65 Jahren, ab Januar bis Februar 1945 dreizehn Jugendliche von vergeblichen Kommunisten bei der sowjetrussischen Militärjustiz angezeigt und von dieser verhaftet, verurteilt und grausam bestraft.

Als Angehöriger einer damals ebenfalls verfolgten Familie wurde ich in der Bundesrepublik rehabilitiert und bemühe mich seit 1989/90 auch intensiv um die Aufklärung der Verbrechen des stalinistisch-kommunistischen DDR-Regimes. Mit Unterstützung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewalt und des Auswärtigen Amtes erhielt ich die Rehabilitierungsdokumente für die unschuldig bestrafte dreizehn Schwarzraer Jugendlichen und neben der Ausreichung derselben an deren Angehörige publizierte ich die Unrechtsmaßnahmen in der lokalen Presse sowie einer Ortschronik. Auf meine Anregung konstituierte sich jetzt eine Interessengruppe, die einen Entwurf zur Gestaltung und nachfolgend die Anfertigung einer Gedenktafel bewirken will, die besonders an die dreizehn jugendlichen Schwarzraer Opfer, aber auch an alle Opfer menschenverachtender, totalitärer Regime erinnern und besonders für die jungen Generationen als Mahnung dienen soll.

Sehr geehrte Mitbürgerin, sehr geehrter Mitbürger, eine sichtbare Mahnung besonders für unsere Jugend und eine mahnende Erinnerung für die Einwohner Schwarzras soll aufzeigen, welche grausamen Folgen radikale politische Gewaltherrschaft birgt!

Vor nunmehr 65 Jahren, mit Jahresbeginn 1946, wurden auf Veranlassung, angeblicher Schwarzraer Kommunisten durch die sowjetrussische Militärjustiz dreizehn Schwarzraer Jugendliche, darunter auch ein Mädchen, verhaftet, verurteilt und grausam bestraft!

Drei der Jugendlichen, Horst Franz, Horst Weise und Theo Heinze, wurden noch im Februar 1946 zum Tode verurteilt und in Rudolstadt erschossen und ihre Leichname an bis heute unbekanntem Orten verscharrt.

Drei weitere Jugendliche, darunter das Mädchen, wurden zu 20 Jahren Gefangenenlager verurteilt. Das waren Regina Böhm, Bruno Hopf und Werner Pfothenhauer. Die übrigen sieben Jugendlichen wurden zu zehn Jahren Gefangenenlager verurteilt. Das waren Gerhard Frosch, Wilfried Backert, Ludwig Nehring, Kurt Beerhold, Werner Koch, Harry Heinze und Helmut Baum.

Die Begründung der Verurteilung lautete, sie hätten sich nach dem Sturz des Nazi-Regimes in einer terroristischen, faschistischen Untergrund-Organisation „Werwolf“ vereinigt und zum bewaffneten Kampf gegen die Sowjetarmee vorbereitet, und nachweislich seien sie alle in der Hitler-Jugend gewesen. Fünfzig Jahre nach ihrer Verurteilung stellte die sowjetrussische Militärhauptstaatsanwaltschaft lakonisch und ohne Bedauern fest

(zitiert), dass das Urteil des Kriegstribunals in Bezug auf alle dreizehn verurteilten Bürger

Deutschlands unbegründet gefällt worden ist. Und zwar nach politischen Motiven, weil keine den Handlungen entsprechenden Dispositionen zu Punkt 58-9 UK der RSFSR von den Mitgliedern der Organisation durchgeführt worden sind und keinerlei Schäden gegen die Interessen der

UdSSR und ihrer Bürger eingetreten sind. Unter diesen Umständen muss man zu dem Schluss kommen, dass nach dem Gesetz der Russischen Föderation „Über die Rehabilitierung von Opfern politischer Repression vom 18. Oktober 1991 alle aufgeführten Opfer der Rehabilitation unterliegen! (Zitat Ende).

Da waren drei Jugendliche erschossen worden, drei weitere in den Lagern unerklärt verstorben und sieben weitere um viele Jahre ihrer Freiheit beraubt. Und dies alles geschah ausschließlich aus den „politischen Motiven eines totalitären Regimes und ohne Rücksicht auf das damit verursachte Leid bei den Betroffenen und deren Familien.

Und 65 Jahre später gibt es noch immer keine mahnende Erinnerung an diesen Exzess eines totalitären Regimes in Schwarzra, dem unzählige weitere folgten und deren Opfer ebenfalls nicht vergessen werden dürfen! Und dies sollte auch aus Verantwortung gegenüber unseren jungen Generationen mit einer Mahn- und Erinnerungstafel sichtbar gemacht werden.

Lothar Mattig

Anm.: Bitte beachten Sie das Foto einer Gedenktafel auf Seite 11

Aufruf

Aufruf an alle unserem Heimatort Schwarzra verbundenen Bürgerinnen und Bürger zur Mitwirkung und Unterstützung für den Entwurf und die Anfertigung einer Mahn- und Erinnerungstafel für Schwarzraer Opfer totalitärer Regime.

Achtung und Würdigung für die Opfer der Gewalt

In Stille, aber unauslöschlich festgehalten

Das neben stehende Foto (© AR) zeigt eine Mahn- und Erinnerungstafel in Oberammergau (Bayern). Hier wird anhand einer in die Kirchenmauer eingelassenen Tafel gezeigt, welche Möglichkeit des Opfergedenkens es gibt. Oberammergau ist nicht nur durch die im Zehnjahresabstand stattfindenden Passionsfestspiele bekannt, dort waren über Jahrzehnte Nato-Truppen und eine Schule des westlichen Militärbündnisses stationiert. Noch immer wird der Ort von vielen ausländischen Touristen besucht.

Nach dem Krieg war Oberammergau bzw. die gesamte Region von den US-Truppen besetzt. Übergriffe und extreme bzw. blinde Vergeltungsmaßnahmen wie sie beim stalinistischen System im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands flächendeckend stattfanden, gab es nicht. Dennoch neigt man sich auch hier vor den Opfern der Diktatur – die Gedenktafel beweist es.



Der Wortlaut der Inschrift
(dunkelblaue Schrift auf leicht blauem Grund)

Wir achten und würdigen die Opfer der Gewalt unseres Landes.

Wir achten und würdigen alle Kinder, Frauen, Männer, die wegen ihres „Unwerten Lebens“ ausgerottet wurden.

Wir achten und würdigen alle Menschen fremder Völker und unserer Gemeinschaft, die körperliche Qualen, Angst, Verlassenheit, Verachtung und Verrat erleiden mussten.

Wir achten und würdigen alle Familien, die vom Tod bedroht, getrennt und vertrieben wurden.

Wir achten und würdigen alle Menschen, die sich dem Gedanken der Gewalt widersetzen und dafür Haft, Verfolgung oder Zerstörung ihres Lebens auf sich nahmen.

Wir schauen euch an.

Die Tafel ist an der Straßenseite der Friedhofsmauer angebracht, zugänglich und gut erkennbar. AR.

Geschichtsaufarbeitung oder Aufmarsch von rechts?

Polen begeht Gedenktag für antikommunistische Opfer

Von der linken Opposition im Lande heftig verteufelt, hat Polen zum 1. März 2011 erstmals einen Gedenktag für die Opfer des kommunistischen Regimes begangen. Anlass war die Erschießung von acht Offizieren der polnischen Untergrundarmee vor sechzig Jahren in Gefängnis. In mehreren polnischen Großstädten, darunter Breslau und Warschau, wurden an Denkmälern Kränze niedergelegt.

Von den Linken im Lande wurden die Feierlichkeiten und das Gedenken als Handlungen der rechten Szene ausgelegt. Der Gedenktag wurde jedoch im polnischen Sejm auch mit den Stimmen des SLD (Demokratische Linke) beschlossen.

Alarm im Affenhaus oder Fossilien-Schau?

Revanchistentreffen früherer NVA-Schergen im Tierpark

Unglaubliches fand am 1. März, dem einstigen Zwang-Feiertag der früheren Nationalen Volksarmee, die vor 56 gegründet wurde, statt. In der Cafeteria des Berliner Tierparks rotteten sich etwa 100 ehemalige Offiziere, unter ihnen kein Geringerer als der damalige NVA-Minister Keßler, zu einem Treffen in klassischer Revanchisten-Manner zusammen, um das alte staatlich-ideologisch geprägte Militärunwesen hochleben zu lassen und alte Kampf-Parolen zu verbreiten.

Die Leitung des an sich noch beliebten Tierparks reagierte empört und drohte dem Pächter der Cafeteria im Wiederholungsfall die Kündigung an. Wie es hieß, war das Treffen vorbereitet worden.

Offenbar wurde auch, dass Zusammenkünfte dieser Art keine Seltenheit seien, zumal ein soge-

nanntes Netzwerk bestehe. Da die NVA heute nicht mehr existiert und das Tragen der Uniformen, somit die Zurschaustellung von Rangzeichen oder Medaillen keine Amtsbedeutung hat, gilt dies nicht als strafbar – im Gegensatz zur Wehrmachtsuniform, deren Tragen unter Strafanschuldung verboten ist.

Empört reagierte die VOS: „Es kann doch nicht sein, dass der Tierpark seine Tore für Systemträger einer Diktatur öffnet“, sagte Ronald Lässig. Er forderte, Uniformen und Symbole der DDR müssten in der Öffentlichkeit ebenso verboten sein wie nationalsozialistische Relikte. Es gehe darum, ein Bewusstsein für die Gefahren von Diktaturen zu schaffen, so Lässig. Der Tierpark-Vorstand bezeichnete die NVA-Kader als „Ewiggestrige“. H. Diederich

Nicht Hass soll unser Denken prägen, aber Vergessen dürfen wir nie!

Die von Benno Prieß erarbeiteten Aufarbeitungsergebnisse sind wichtig und aktuell

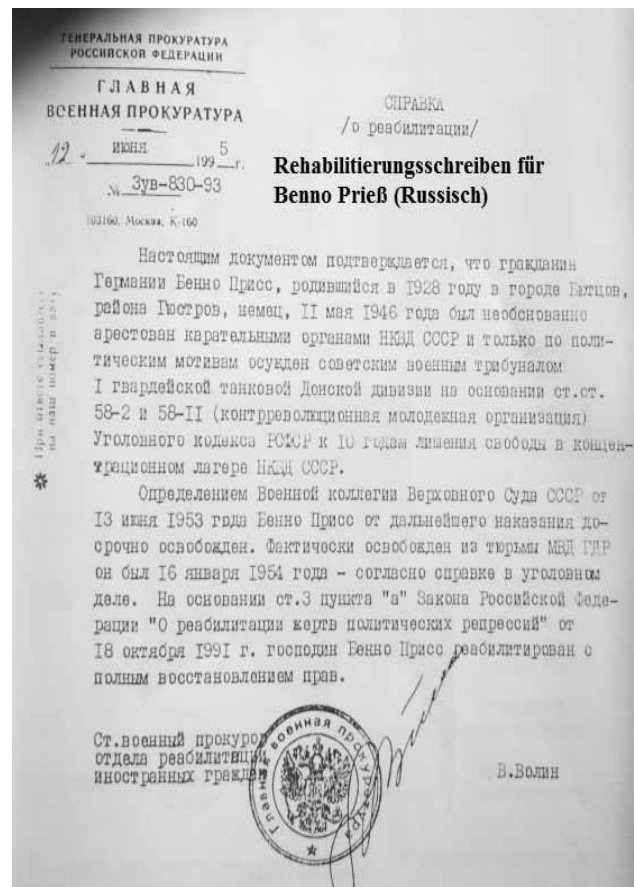
Wenn wir über das Thema Geschichtsaufarbeitung der unmittelbaren Nachkriegszeit reden, so ist vor allem der Name eines unserer Kameraden hervorzuheben: Benno Prieß. Mit großem Fleiß und ungebrochener Unermüdlichkeit hat der frühere Mecklenburger, der selbst etliche Jahre wegen angeblicher Werwolf-Tätigkeit inhaftiert war, in den Archiven, die erst nach Erreichung der Neuen Deutschen Einheit zugänglich wurden, und bei Zeitzeugen-Gesprächen den Schicksalen ehemals unschuldig Inhaftierter nachgespürt und auch ihre Rehabilitierung durch die damaligen Moskauer Behörden (1949 innerhalb der Russischen Föderation) erreicht.

In mehreren Büchern und Broschüren, die in früheren Jahren in der Fg vorgestellt wurden, hat Kamerad Prieß die Listen der Verurteilungen veröffentlicht. Namen und Geburtsdaten, Höhe der Haftstrafen und Jahr der Verurteilung, auch Verhaftungsort und spätere Vollzugsstätte wurden, soweit nachweisbar, publik gemacht. Auch zum späteren Schicksal der Betroffenen konnte er Aussagen treffen. Etwa: Rehabilitiert (hierzu sind die Schreiben eingebracht), Entlassungszeitpunkt, mögliches späteres Sterbedatum, in einigen Fällen ein Hinweis auf Selbsttötung.

Der hier geschaffene Fundus darf nicht in Vergessenheit geraten, er darf schon gar nicht untergehen oder verschwinden. Kamerad Prieß ist für seine Verdienste mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt worden, der Bundespräsident selbst hat ihm die Auszeichnung beim Neujahrsempfang zuteil werden lassen. Dies zeigt einmal mehr, welche immense Wertschätzung, auch welche geschichtliche Bedeutung der historisch dimensionierten Aufarbeitung beigemessen wird.

Insbesondere tragen die dargestellten Informationen dazu bei, die Nazi-Legende, die von den Tätern und Mittätern immer wieder geschmiedet wird, zu entkräften. Heißt es doch speziell aus der Ecke des politisch linken Spektrums, die hier Genannten seien Nazis gewesen, sie haben den Organisationen der faschistischen Diktatur angehört. Dies kann schon allein aus

Altersgründen nicht stimmen, denn fast alle Opfer waren zum Zeitpunkt der Inhaftierung minderjährig. Es waren Jugendliche der Jahrgänge 1928 bis 1931. Das heißt, bei Ende des Krieges waren die Inhaftierten zwischen 15 und 18 Jahren. Wer will Menschen in diesem



Alter ein ausgereiftes politisches Bewusstsein zubilligen? Fakt ist, dass die Hitler-Regierung bis in die letzten Kriegstage viele dieser Jungen in die Schützengräben in und um Berlin stellte, ohne dass diese eine Ahnung von der politischen Lage vor dem Untergang Deutschlands hatten. Und auch: ohne dass sie die Möglichkeit hatten, sich der Zwangsverpflichtung zu widersetzen. Es sei denn, sie hätten sich von den eigenen Vorgesetzten erschießen lassen. *H. Diederich*

Die Broschüre ist erschienen unter:
Der Zeitzeuge Benno Prieß berichtet.
UNTERSUCHUNGSGEFÄNGNIS
DES SOWJETISCHEN GEHEIM-
DIENSTES GPU/NKWD 1945-1948
IN DER KREISSTADT GÜSTROW/
MECKLENBURG

Verhaftung der Jugendlichen aus dem Kreis Güstrow und deren weiteres Schicksal in den Speziallagern

Zitat:

Wir wissen von keiner todeswürdigen Schuld, für die wir leiden und sterben mussten.

Benno Prieß, 4. September 2010



Gedenkfeier am 4. September 2010

In der vorderen Reihe v. l.:
Kamerad Putzar mit Gattin, Kamerad Radicke mit Gattin
Zweite Reihe Mitte: Kamerad Benno Prieß

Zeitzeugen gesucht

Ich studiere Medizin im 8. Semester an der Fakultät „Carl Gustav Carus“ in Dresden. Im Rahmen meiner Dissertation im Fachbereich Medizingeschichte erforsche ich die „medizinische Versorgung“ und vor allem das medizinische Personal (Ärzte, Schwestern und Pfleger) in den sowjetischen Speziallagern.

Daher folgende Fragen:

- Wer kann sich an Ärzte aus den Reihen der Lagerinsassen erinnern, die zur Behandlung Kranker im Lazarett oder in den Baracken eingesetzt wurden?
- Sind Ihnen noch besondere Erlebnisse mit den Lagerärzten in Erinnerung?
- Wer weiß, wo die Ärzte vor der Internierung gearbeitet haben, warum sie verhaftet wurden und wo sie nach der Entlassung hinkamen?
- Hatten Sie nach der Entlassung noch Kontakt zu Lagerärzten?
- Sind noch Lagerärzte am Leben?
- Können Sie mir, eventuell als Nachkomme/Verwandter eines Lagerarztes, Nachlässe oder Erlebnisberichte zur Verfügung stellen?
- Wer hat Erinnerungen an *sowjetische* Ärzte?
- Welche Behandlungsmöglichkeiten hatten die Ärzte?
- Wer kann sich noch an Operationen erinnern?
- Welche Geräte wurden dazu eingesetzt?
- Welche Heilmittel, auch Arzneimittel, standen zur Verfügung?
- Wer kann sich noch an Gefangene, die im Lager als Schwestern, Pfleger oder Apotheker eingesetzt wurden, erinnern?

Sicher ist es sehr schwer, sich an die schlimme Zeit im Lager zu erinnern. Gerade deshalb wäre ich Ihnen für Ihre Unterstützung sehr dankbar.

An alle, die mir ihre Erinnerungen schon mitgeteilt haben, ein ganz herzliches Dankeschön.

Anne Kolouschek

Anschrift

Studienort: Pfothenauerstraße 36,
01307 Dresden
Telefon: 0351-21919851
E-Mail: AnneKollo@gmx.de

Heimatort: Ernst-Thälmann-Straße 53
03226 Vetschau/Spreewald
Telefon: 035433-2952

Buchtipp I

Lebensrückblick auf vier politische Systeme in Deutschland

Als politisch und literaturinteressierter Fg-Leser erweist sich VOS-Kamerad Helmut Graf, der den Leserinnen und Lesern der Fg das Buch „Ein Deutscher in Deutschland“ von Thomas Farg als Lektüre empfiehlt. Kamerad Farg sandte uns zur Erläuterung den nachfolgenden Text zum Buch ein.

Zwanzig Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung gibt es immer noch unterschiedliche Denkmuster in den ehemaligen deutschen Teilstaaten. Schuld daran sind auch die Medien. Sie übermitteln ein falsches Bild. Legenden bilden sich. So wird nicht erwähnt, dass der Terror in der DDR am Anfang noch brutaler war als in den letzten 15 Jahren. Auch die Verhältnisse in der alten Bundesrepublik werden nicht objektiv dargestellt. Die Führenden in Politik und Wirtschaft vermittelten den Eindruck als würden sie sich immer für die deutsche Einheit, Recht und Freiheit einsetzen.

Die Wahrheit ist anders. Viele waren mit dem Zustand zufrieden und glaubten, er würde ewig so bleiben. Dann gab es noch diese eigenartigen Verknüpfungen. Sie vermittelten den Eindruck, dass Verantwortliche für Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Geheimdienst der alten Bundesrepublik die DDR unterstützen würden und ihr vielleicht sogar halfen. In der DDR gab es nicht nur Denunzianten und in der alten Bundesrepublik gab es nicht nur Demokraten. Die deutsche Nachkriegsmentalität wurde von den Siegermächten geformt. Bürgerliche Demokratie und Stalinismus waren keine reinen deutschen Erfindungen.

Der Autor lebte in vier deutschen Staaten: Drittes Reich, DDR, alte und neue Bundesrepublik, und während dieser Zeit hatte er Erlebnisse, die ihm keiner glauben will. Er hat die Brutalität der Stasi erlebt und auch Diskriminierung in der alten Bundesrepublik.

Thomas Farg:

Ein Deutscher in Deutschland - Eine Autobiographie mit einer Kritik an den Deutschen, 978-3-86268-082-5

214 Seiten, Preis: 12 Euro

Buchtipp II

Die Vor-, Mittel- und Nachgeschichte der Haft in der DDR

Bereits in einer früheren Ausgabe wiesen wir in der Fg auf das Buch unseres Kameraden Mario Ohly hin, in dem der Autor sehr ausführlich und abwechslungsreich über seine Zeit in der DDR, vor allem über die versuchte Ausreise und die als Konsequenz nachfolgende Haft schreibt. Dieses Buch enthält vieles von dem, was anderen Ausreisetragstellern und Republikflüchtigen in der DDR widerfahren ist. Es ist zudem mit Dokumenten und Zeugnissen ausgestattet, die bisher nicht allen zugänglich waren, so z. B. Abbildungen von „Knast-Dollars“ (Wertgutscheine der Haftanstalten, Ärztliche Befunde, schriftliche Einschätzungen als Ergebnis des „Eziehungsgesprächs“ in der Haftanstalt, eine anzufertigende Stellungnahme aus der Haftzeit, auch einen Begrüßungsbrief von der VOS.

Mario Ohly hat in seinem Buch viele persönliche Erfahrungen aufgearbeitet. Diese sind jedoch immer an die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR und in den Ostblockstaaten geknüpft, so dass sich hier viele ehemalige politische Häftlinge selbst wiederfinden werden. Auch seine Art, sich zu erinnern, ist interessant. Offen und keineswegs humorlos präsentiert er dem Leser die Verhältnisse im Knast. Die Leidensebene, die man bei den Hafterlebnissen oft als erdrückend erlebt, wird durch die Bereitschaft, das vor ihm Liegende zu bewältigen, überdeckt. Die U-Haft, der Strafvollzug in Naumburg sind Stationen, die es zu absolvieren gilt. Und die bittere Skurrilität, um die man im Knast nicht herumgekommen ist, nimmt Ohly als unvermeidbar hin, seine Orientierung ist ganz auf den Freikauf, auf die Abfahrt der Busse in das Aufnahmelager Gießen gerichtet. Fast ist es unvermeidlich, dass der Neuanfang in der Bundesrepublik ein Erfolg wird. Hinzu kommt das persönliche Glück, das Kamerad Mario schließlich findet, nachdem die Mauer gefallen ist. Dies zu entdecken, sollte jedoch dem Leser vorbehalten bleiben. *Valerie Bosse*

978-3-86812-218-3

160 Seiten 19,80 Euro

Das „gemeinsame Haus Europa“ – nur eine halbe Bauhütte?

Ex-Generalsekretär Gorbatschow wurde am 2. März achtzig Jahre. Eine Betrachtung

Als das KPdSU-Mitglied Michail Sergejewitsch Gorbatschow nach dem Tod des greisen Amtsvorgängers Konstantin Tschernenko am 11. März 1985 vom Politbüro der UdSSR zum Generalsekretär der KPdSU gewählt wurde, hatte der damals gerade erst 54 Jahre alt gewordene Sohn eines Bauern aus Priwolnoje im Nordkaukasus bereits mehrere Jahre Erfahrung in der Führung dieses Amtes. Schon seit dem Amtsantritt des schwer kranken Staats- und Parteichefs Andropow in 1983 hatte er in vielen Bereichen die Aufgaben des schon zu Lebzeiten erstarrten vormaligen KGB-Chefs Andropow wahrgenommen. Vor allem auf internationaler Ebene, nicht zuletzt in Westeuropa, hatte Gorbatschow Erfahrungen gesammelt, sich jedoch zugleich in innenpolitischen Belangen im Sinne der strikten Beibehaltung der verhärteten kommunistischen Prinzipien geäußert. Nichts hatte darauf hingedeutet, dass er jemals auch nur um Haares Breite von den ideologischen Zwängen und den hegemonistischen Praktiken der Sowjet-Diktatur abweichen würde. Mit seinem eindeutigen Bekenntnis zum sozialistischen Internationalismus und der routinemäßigen Verteufelung des amerikanischen Imperialismus' sowie des westdeutschen Revanchismus' fügte er sich erwartungsgemäß in das System, das vordem die Hardliner Breschnew, Chruschtschow und nicht zuletzt Stalin auf – wie sie meinten – Ewigkeit manifestiert hatten. Auch innenpolitisch schien Gorbatschow die für die kommunistische Diktatur übliche Härte eher verschärfen als abschwächen zu wollen. All dies schien in Anbetracht der in der Reagan-Ära weithin propagierten antikommunistischen Haltung des Westens auch unabdingbar. Und so gab es für die Satellitenstaaten des Ostblocks, voran die DDR, keinerlei Grund, vom eigenen Kurs, bestimmt durch Unfreiheit und Uneinsichtigkeit, abzuweichen.

Doch dann begann Gorbatschow Zeichen zu setzen, die zunächst nur

die wirklich gutgläubigen Menschen inner- und außerhalb der vom sowjetischen Militärsystem beherrschten Welt mit Hoffnung erfüllten: Abzug der umstrittenen Mittelstreckenraketen aus der DDR, Treffen mit den Parteichefs des Diktaturkonkurrenten China, Gespräche mit Ronald Reagan, dem kompetentesten Antikommunisten des Erdballs. Vor allem im eigenen Land sollte ein Umdenken und neues Handeln praktiziert werden. Offene Berichterstattung in den Medien, Bekämpfung der Korruption, Kampagnen gegen Amtsmissbrauch, Modernisierung der Industrie waren als Ziele genannt. Die Begriffe Glasnost und Perestroika machten die Runde.

Das begründete Misstrauen gegen alle vermeintlichen Verheißungen aus Moskau, das Gorbatschows Vorgänger über Jahrzehnte hin in der demokratischen Welt hervorgehoben hatten, blieb dennoch die Grundposition der politischen Antipoden in der westlichen Welt. Reagan sprach immer noch vom „Reich des Bösen“, Helmut Kohl, unser deutscher Kanzler, scheute sich nicht vor einem Vergleich des Generalsekretärs mit dem Propaganda-Minister der Nazis. Wohingegen die Block-Vasallen in Ost-Berlin, Prag oder Budapest schon zu diesem Zeitpunkt höchst verunsichert und mit Angst auf die mit mehr Demokratie verbundenen Begriffe Perestroika und Glasnost reagierten. Nach wie vor gab es in der DDR zahlreiche politische Gefangenen, wurden auch zu dieser Zeit Menschen durch todbringende Schüsse an der Flucht in den Westen gehindert. Gorbatschow jedoch fuhr in seinem Kurs der Annäherung unbeirrt fort. Er propagierte „Ein gemeinsames Haus Europa“ und zog innerhalb kurzer Zeit die Sowjet-Truppe vom immer sinnloser werdenden Invasions-Krieg in Afghanistan zurück. Er widerstand



auch den anhaltenden Anfechtungen des großen Gegenspielers Reagan aus den USA, als dieser in Berlin demonstrativ vor einem großen Publikum und in Anwesenheit der internationalen Medienvertreter den Abriss der deutschen Mauer verlangte.

Mit seinem Besuch auf Honeckers letztem Fest im Oktober 1989 fiel jener Satz, der sicherlich zu den wichtigsten zehn Zitaten des vorigen Jahrhunderts gehört.

Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.

Damals jedoch war Gorbatschow längst zur Symbolfigur der Reformen geworden. Vor allem in der DDR, aus der über Ungarn und die Botschaften der „Bruderländer“ ein unaufhaltsamer Flüchtlingsstrom zu verzeichnen war, klammerten sich die Menschen mit ihren Hoffnungen an den Heilsbringer „Gorbi“. Eine Situation, die den Geschichtsverlauf der vorausgegangenen Jahrzehnte auf den Kopf stellte – waren doch es doch immer die Führer der KPdSU gewesen, die den Menschen in der DDR die Unfreiheit gebracht hatten.

Und in der Tat wurden die Hoffnungen der Menschen innerhalb nicht mal eines Jahres erfüllt: Gorbatschow avancierte völlig überraschend zum Vater der neuen deutschen Einheit. Der wenig herzliche Bruderkuß im Oktober 1989, den der Generalsekretär mit dem Vasallen Honecker tauschte, das kühle Verhalten gegenüber dem geistig weit im Abseits gelandeten SED-Chef wiesen in kaum übersehbarer Deutlichkeit auf den Abschluss einer Epoche hin.

→ 15

Eine Epoche, die in ihrer Vielfalt und Härte unendliches Leid und Elend über Millionen Menschen gebracht hatte. „Gorbi“ hatte sich abgewandt, er hatte diese DDR für den Umsturz, wie auch immer er sich gestalten mochte, freigegeben.



Man kann sicher sein, Gorbatschows Vorgänger, auch seine Nachfolger, hätten spätestens jetzt nicht mehr gezögert, wie einst 1953 die Panzerrollen zu lassen. Der Generalsekretär jenes Jahres hingegen überließ die Berliner Politbüro-Greise ihrem Schicksal, und er gab bereits im Februar 1990 die Zustimmung für das spätere Zusammenwachsen der Teilstaaten, vor allem jedoch ließ er sich für Unmengen an Devisen den Rückzug seiner Truppen aus Mitteleuropa abkaufen. Für Deutschland wurde dies eine Investition von nahezu unfassbarem geschichtlichem Wert. Für die Sowjetunion leitete Gorbatschow den Exitus ein. Seine Hoffnungen auf die Sanierung der maroden Sowjetwirtschaft erfüllten sich nicht. Die Summen, die Deutschland ausschüttete, um die sowjetischen Truppen loszuwerden, waren zwar riesig, aber sie vers-

ckerten auf kaum erkennbaren korrupten Ebenen des Sowjet-System. So willkommen die Befreiung von den Besatzern von den Deutschen entgegengenommen wurde, stellte sie doch für das Sowjet-Reich eine Katastrophe dar. Das riesige, eigentlich unglaublich reiche Land, das vier Jahrzehnte von der Ausbeutung seiner Satellitenstaaten gelebt hatte, sah sich plötzlich auf sich selbst gestellt. Vor allem erkannte man: Gorbatschow hatte eine Weltmacht zerschlagen, die eigene. Seine Ideen, den Kommunismus zur Marktwirtschaft umzufunktionieren, erwiesen sich als unrealisierbar. Die neuen politischen Strukturen, die er – mit sich selbst an der Spitze – schuf, auch sein

Idealismus, sein Elan hatten in der Tat die Tür zu einem demokratisch geführten Staat offen halten können. Doch allein der Widerstand aus den eigenen Reihen war groß. Die Riege der Alt-Kommunisten, geprägt vom Geheimdienst KGB, wollte nicht länger zusehen, wie der blauäugig agierende Generalsekretär eine Machtposition nach der anderen verspielte. Gorbatschow wurde weggeputscht, sein politisches Comeback misslang, stattdessen nutzten die baltischen Staaten die Gelegenheit, das ungleiche Bündnis mit Russland aufzukündigen und sich zur Nato hin zu orientieren. Die Welt veränderte sich im Eiltempo, binnen kurzer Zeit gab es weder die Weltmacht Sowjetunion noch das Militärbündnis Warschauer Pakt.

Gorbatschow gilt den Menschen der westlichen Welt heute als Heilsbringer. Für die Deutschen ist

er die Schlüsselfigur zur Neuen Einheit geworden. Und wiewohl wir ihm hier den Rang eines ehrlich ambitionierten Humanisten beimessen, bleibt er in seinem Heimatland umstritten, wenn nicht gar verhasst. Durch seine Ideen, seine Visionen erfuhr – was den KPdSU-Genossen unnötig scheint – das riesige Reich seine Auflösung. So wie einst Lenin mit seinen Kommunisten den Zaren stürzte, so wurden nun die Kommunisten durch ihren letzten Generalsekretär gestürzt. Einmal mehr haben wir gesehen, dass der Fahrstuhl der Geschichte niemals stehen bleibt. Er bewegt sich aufwärts und abwärts. Man tut demnach gut daran, darauf zu achten, dass er einen in die richtige Richtung mitnimmt.

Als sich Gorbatschow im Juni 1996 nochmals zur Wahl stellt, erhält er ganze 0,5 Prozent der Stimmen. Jelzin ist jetzt der starke Mann. Er ist derjenige, der die einstige Volkswirtschaft endgültig zerschlägt und den Spekulanten im Land den Erwerb der Rohstoffquellen ermöglicht. Fortan gibt es Milliardenärs und bittere Armut in einem Land, das bestenfalls noch mittelmäßige Bedeutung genießt. Gorbatschow selbst ist vor allem im Ausland nicht vergessen. Einladungen, Auszeichnungen und Honorare sorgen für anhaltende Bekanntheit. Er ist beliebt, sein Name wird in den Annalen oben stehen, solange wir um das Bestehen einer Gesellschaft heutiger Prägung wissen. Ob er persönlich zufrieden oder gar glücklich mit dem ist, was er auf dem Erdball initiierte, bleibt dahingestellt.

A. Richter

*Das Zitat:
Ehrungen, das ist, wenn die
Gerechtigkeit ihren guten Tag
hat.
Konrad Adenauer*

Wir trauern um

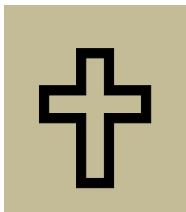
**Harald Binder
Dr. Bernd Simon
Jutta Jäzoch
Fritz Rost
Heinz Quint
Gerhard Fischer
Ruthardt Fischer
Siegfried Gerlach**

**Bezirksgruppe Halle
Bezirksgruppe Chemnitz
Bezirksgruppe Cottbus
Bezirksgruppe Dortmund
Bezirksgruppe Chemnitz
Bezirksgruppe Brandenburg
Bezirksgruppe Arnstadt-Gotha
Bezirksgruppe Weimar**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Ehre Ihrem Andenken

Zum Tode der von uns allen geschätzten Kameradin Jutta Jäzoch



Am 17. Februar 2011 ist unser Mitglied, die Kameradin Jutta Jäzoch aus Kuschkow unerwartet verstorben.

Jutta Jäzoch gehörte seit 1991 der Bezirksgruppe Cottbus an. Sie hat in vielen Petitionen an die Bundesregierung und die Landesregierung von Brandenburg auf die östlich von Oder und Neiße Verhafteten aufmerksam gemacht. Sie hat Recht und Gerechtigkeit für diese Betroffenengruppe gefordert. Ihre Schreiben blieben oft unbeantwortet, oder es wurden immer wieder seitenlang die gesetzlichen Bestimmungen, die längst bekannt waren, erläutert, ohne auf die gestellten Fragen einzugehen.

Jutta Jäzoch wohnte zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung in Züllichau (damals Mark Brandenburg). Sie wurde am 14. April 1945 verhaftet und musste bis zum 24. Februar 1949 unschuldig und ohne Verurteilung in Wronki und Potulice leiden. Von 1994 bis 1998 kämpfte sie um die Anerkennung ihres haftbedingten Gesundheitsschadens. Nach mehreren Widersprüchen wurde ihr im Dezember 1998 der Gesundheitsschaden anerkannt.



Als Mitglied der damaligen Bezirksgruppe Cottbus hat sie stets aktiv mitgearbeitet und verschiedene Aufgaben übernommen. Wir erinnern uns in Dankbarkeit an Jutta Jäzoch und werden das Gedenken an sie in Ehren halten.

Alfred Ullmann

Hinterbliebene können bei begrenzter Einkommenshöhe bei der Stiftung Unterstützung beantragen

Zur Möglichkeit, trotz der viel beklagten Gesetzeslücke auch als Nicht-Bezugsberechtigter der Opferpension finanzielle Zuwendungen zu bekommen

☒ In der Freiheitsglocke Nr. 700 beklagt sich eine Kameradin Grete Messerschmidt, deren verstorbener Mann ehemaliger politischer Häftling war, dass die Hinterbliebenen dieser Häftlinge keine Opferrente erhalten. Das ist richtig, da die Opferrente eine persönliche Entschädigung darstellt. Diese Hinterbliebenen können jedoch, sofern ihre eigenen Einkommen eine gewisse Höhe nicht überschreiten, bei der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, An der Marienkapelle 10, 53179 Bonn, Unterstützungen beantragen.

Ich weiß nicht, ob Frau Messerschmidt, deren Anschrift mir nicht bekannt ist, davon Gebrauch gemacht hat; wenn nicht, soll sie sich dorthin wenden. *Ewald Ott*

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin
PVSt Deutsche Post
Entgelt bezahlt
A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 – 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag
von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon: 030 - 2546 26 38 Fax: 030 – 2300 56 23

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion: A. Richter

redaktion@vos-ev.de

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag zugleich Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Jahresbeiträge:

- Mitglieder, einschl. Freiheitsglocke
- alte Bundesländer 45,00 €
- neue Bundesländer 40,00 €
- Ehepartner 15,00 €
- Aufnahmegebühr Mitglieder 2,60 €
- Abonnement 24,00 €

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (702) erscheint im April 2011

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 701 19. März 2011